

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meesche Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenburg.

№ 67

Neuenburg, Mittwoch den 23. März 1921.

79. Jahrgang.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Des Reichspräsidenten Dank.

Berlin, 21. März. Der Reichspräsident erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Die deutsche Sache in Oberschlesien hat einen bedeutenden Sieg errungen. Er ist dem einmütigen Einsehen des gesamten deutschen Volkes zu danken. Die eingesehene Bevölkerung hat ungeduldet aller gegnerischen Versuche, sie dem deutschen Vaterland zu entfremden, in ihrer überwiegenden Mehrheit treu am Vaterland gehalten. Die stimmberechtigten Oberschlesier als dem Reich und dem Ausland haben, erfüllt von der Liebe zur Heimat, Entbehrungen und Mühen nicht gescheut. Sie sind allen Einschüchternungsversuchen zum Trotz vollzählig nach Schlesien geeilt, um ihrer Pflicht gegen Heimat und Vaterland zu genügen. Mit größter Opferwilligkeit haben alle Schichten der Bevölkerung durch Sammlung der Grenzpende Mittel beigesteuert, um auch dem Verarmten die Hilfe nach Schlesien zu ermöglichen. Die Abstimmungsorganisationen haben durch hingebende unermüdete Arbeit und mühseliges Zusammenwirken das große Werk vollendet. Ihnen allen eine Ausnahme ist der bleibende Dank des deutschen Volkes zufließen.

Berlin, den 21. März 1921.

Der Reichspräsident:

Der Reichsminister:

Ebert.

Fehrenbach.

Polnische Wahlreise in Schoppinitz.

Cypeln, 21. März. Aus Schoppinitz wird gemeldet, daß vor der polnische Terror außerordentlich groß ist. Schon am frühen Morgen wurden Emigranten und deutsche Abstammiger überfallen und blutig geschlagen. Einem Kaufmann wurde die Handgranate ins Fenster geworfen. Die Polen haben Plakate angehängt, in denen sie ihren Sieg feiern und Schoppinitz sowie die umliegenden Ortschaften für polnisch erklären. Heute vormittag veranstalteten die Polen mehrere Zugänge mit polnischen Fahnen. Die Stimmung ist außerordentlich erregt, ebenso in Kattowitz und in den anderen Industriestädten. Auf den Straßen halten sich große Menschenmengen auf.

Was nun?

Nach § 4 der Anlage zu Art. 88 des Verfaßten Friedensvertrags, der die Abstimmung in Oberschlesien behandelt, ist die Abstimmungsergebnisse gemeindeweise nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festzustellen. Sodann heißt es in § 5 der Anlage:

„Nach Beendigung der Abstimmung teilt der Ausschuss, in a. und a. D. und a. D. die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen mit und reicht gleichzeitig einen Bericht über die Linie ein, die in Oberschlesien unter Berücksichtigung sowohl der Willensäußerung der Einwohner als auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften als Grenze Deutschlands angenommen werden soll.“

Man wird sich also darauf gefaßt zu machen haben, daß der „Vorschlag“ des alliierten Ausschusses jedes Stück deutsches Gebiet, das irgend eine polnische Mehrheit oder dessen Mehrzahl sich der Mehrheit auch nur nähert, von Deutschland zugewiesen werden wird, unbedenklich um die deutsche Mehrheit des Gesamtgebietes.

Das Ausland.

Die Züricher Blätter äußern ihre Überraschung über die große Mehrheit, mit der sich die oberschlesische Bevölkerung in Deutschland ausgesprochen hat. Die „Neue Züricher Zeitung“ sieht den Hauptwert der Abstimmung darin, daß es den Deutschen gelungen sei, große Teile der stammesfremden Bevölkerung zu sich zu gewinnen, daß sie lieber bei Deutschland bleibe, als mit ihren Landsleuten verbunden zu werden. Darin liege eine Garantie, daß die schlesischen Polen auch weiterhin sich als loyale Staatsbürger fühlen und daß sich ein harmonisches Nebeneinanderleben der beiden Nationalitäten herbeiführen lassen wird. Das Blatt meint allerdings, die endgültige Zuteilung der Kohlenbezirke an Deutschland sei noch keineswegs sicher, da gemäß dem Friedensvertrag die Abstimmungskommission der Alliierten keineswegs vom Gesamtergebnis der Abstimmungen ausgehen müsse und eine Verteilung der überwiegend polnischen Kohlenbezirke an Deutschland von den Polen als eine Ungerechtigkeit angesehen werden würde. Die „Zürcher Post“ erklärt dagegen, ein solches Vorgehen führe in trübseligen Gegenstand zum Friedensvertrag und es sei nicht anzunehmen, daß die Alliierten bei aller Bereitschaft für die Polen ihnen diesen Gefallen tun würden. Wie aus Paris gemeldet wird, erregt die Nachricht von dem deutschen Siege in der französischen Presse großes Aufsehen und allgemeine Bestürzung. Die französische Presse gibt die Parole aus, der Oberste Rat müßte Mittel und Wege finden, um das Ergebnis im Sinne Polens zu revidieren. Es scheint darnach, daß Frankreich den deutschen Sieg in Oberschlesien nicht anerkennt. Man macht auch kein Geheimnis daraus, daß der Sieg Polens, vor allem im militärischen Interesse, gewünscht wird. Polen müsse aber das oberschlesische Industriegebiet verfügen, um für den Krieg gerüstet zu sein. Dies müsse weiterhin die Oder zur strategischen Grenze bestimmen. Weiter wird in der französischen Presse kritisiert, daß der Friedensvertrag verfaßt habe, in Oberschlesien eine unangenehme Teilung wie in Schiedwig durchzuführen, die die Intervention der Abstimmung erleichtert hätte. Man glaubt, werde der interalliierten Kommission schwer fallen, eine

Grenzlinie zu ziehen, die den verschiedenen Gesichtspunkten gerecht werden wird. Denn, daß ganz Oberschlesien Deutschland zugefallen wird, glaubt man in Paris nicht. Die Freunde Polens sprechen von der Oberlinie als Grenze.

Deutschland.

Karlsruhe, 21. März. Im badischen Landtag ergriff heute vor Eintritt in die Tagesordnung Staatspräsident Traut das Wort, um etwa folgendes auszuführen: Mit dem gestrigen Tag hat das herbe Völkerringen sein Ende gefunden. Der Kampf hat mit dem Sieg des Deutschturns geendet. Wir müssen hoffen und verlangen, daß diesem Sieg die Entscheidung der Entente Rechnung trägt. Wir haben herzlichen Dank zu sagen unseren deutschen Volksgenossen, die den schweren Kampf durchgemacht haben. Wir werden aber auch aus diesem Kampfe lernen. In Not und Gefahr sind alle einig gewesen ohne Unterschied des Glaubens, ohne Unterschied nach Stand und Beruf. Wenn die Entente bei der Entscheidung der Abstimmung Rechnung trägt, so möge sie auch Rechnung tragen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit Rechnung tragen dem Bedürfnis nach Frieden in Mitteleuropa, ja in Europa überhaupt. (Beifälliger Beifall.) — Landtagspräsident Dr. Kopf sagte u. a.: Wir wollen hoffen, daß die Entente dem Wunsch der Mehrheit und dem Grundsatze der Selbstbestimmung Rechnung trägt. Dann dürfen wir hoffen, daß wenigstens die erste Grundfrage für das wirtschaftliche Wiederaufkommen unseres Vaterlandes uns erhalten bleibt. Eine furchtbare Gefahr, die über uns schwebte, ist siegreich überwunden worden.

Baden-Baden, 21. März. Am letzten Freitag wollte König Gustav von Schweden hier und stattete seiner Schwägermutter, der Großherzogin Luise auf Schloß Baden, einen Besuch ab. Aus diesem Anlaß wollte auch das ehemalige Großherzogshaus hier.

Berlin, 22. März. Die noch ausstehenden Reichs- und Landtagswahlen in Oberschlesien werden voraussichtlich Ende April oder Anfang Mai stattfinden.

Berlin, 21. März. Dem Reichsminister des Innern Dr. Simons ist aus Freiburg i. Br. folgendes Telegramm zugegangen: Die heutige Verammlung des Reichstages deutscher Papiere, Papieren, Zellstoff- und Holzstoffindustriellen in Freiburg i. Br. sieht sich gezwungen, Ihnen für Ihre harter und kräftige Führung der Verhandlungen in London zu danken und die Hoffnung auszudrücken, daß auch in Zukunft dieselbe Sicherheit und Stärke bei den weiteren kommenden Verhandlungen von Ihnen gezeigt werden möge. Die Industrie ist gekommen, alle Konsequenzen aus diesen Verhandlungen zu tragen.

Wegfall der Steuer auf das Mindesteinkommen.

Durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz, die der Reichstag in einer Sitzung vom letzten Samstag angenommen hat, ist die den Gemeinden überlassene Steuer vom steuerfreien Mindesteinkommen in Wegfall gekommen. Nach dem neuen Gesetz gibt es keinen steuerfreien Einkommensteil mehr, es kann also auch kein solcher besteuert werden. An die Stelle des steuerfreien Einkommensteils tritt ein Abzug an der Steuer. Da die neuen Steuern rückwirkend am 1. April 1920 in Kraft treten, wird die Mindesteinkommensteuer auch für das Jahr 1920 nicht erhoben. Alle von den Ländern und Gemeinden hierüber erlassenen Vorschriften sind gegenstandslos. Den Gemeinden muß für diesen Einnahmeverlust vom Reich Ertrag gewährt werden. In einer einstimmig angenommenen Resolution hat das Reichstag anerkannt. Die von den Regierungsparteien beantragte Einschränkung „wo im Bedürfnis besteht“ ist auf sozialdemokratischen Antrag gestrichen worden.

Die polnische Warte.

Ein fleißiger Bürger, der früher in Samter wohnte, hat an die dortige Sparkasse zwei Sparkassenscheine gesandt mit der Bitte, die Bücher zu vernichten und die Zinsen für die abgelaufene Zeit hineinzuschreiben. Dieser Bitte wurde Folge geleistet, jedoch schrieb die Sparkasse an den Absender die Mitteilung, daß sie leider außerhande ist, das Porto für die beiden Briefe in Höhe von 136 Mark zu tragen. Das müßte der Absender bezahlen. So tief ist der Wert der polnischen Warte gefallen. — An der Schweizer Börse wurde am Samstag die Notierung der polnischen Warte gestiegen. In Basel und in Zürich wurden 100 polnische Warte für 10 Schweizer Centimes angeboten, fanden aber keine Abnehmer. An der Genfer Börse erfolgte allgemein die Wertlosigkeitserklärung der polnischen Warte.

Ausland.

Amsterdam, 22. März. Die französische Regierung, die nach dem Waffenstillstand 1918 von der niederländischen Regierung einen am 1. Januar 1922 zahlbaren Kredit von 30 Millionen für Wiederaufbauzwecke erhielt, ersuchte um Aufhebung der Rückzahlung bis 1927.

Paris, 22. März. Bei der Konferenz der Abgeordneten der verbotenen Gebiete in Frankreich sprachen sich die Vertreter der Städte Reims, Soissons, Bapaume und St. Quentin für die Beteiligung der deutschen Arbeiter am Wiederaufbau aus.

Paris, 21. März. Wie das „Echo de Paris“ meldet, ist ein Kompromiß dem Abschluß nahe, um den Wünsche Amerikas hinsichtlich der Verteilung der früheren deutschen Kolonien gerecht zu werden. Frankreich sei bereit, Amerika seinen guten

Willen zu beweisen und ihm die Ausdeutung des ehemals deutschen Kolonial-Erdens-Kontext zu überlassen.

London, 22. März. Das englische Oberhaus hat das Gesetz über Erhebung von 50 Prozent vom Werte der deutschen Einfuhr in zweiter Lesung angenommen. — Zum Nachfolger Bonar Law's in der Führung der konservativen Partei wurde Chamberlain gewählt. — Der Staatssekretär für Island erklärte gestern im Unterhaus, daß am verflochtenen Freitag und Samstag 10 Soldaten und 5 Polizisten getötet und 11 Soldaten und 5 Polizisten verletzt worden sind. Die Sinn-Jäger verloren 5 Tote und 10 Verwundete. 13 Sinn-Jäger wurden gefangen genommen.

Washington, 22. März. Die Advokatenkammer hat das Gesuch Wilsons, am Obergericht als Advokat praktizieren zu dürfen, nicht befürwortet, weil er sich seit den kriegsjährigen Jahren nicht mehr als Advokat betätigt habe. — Der Newyorker Herald veröffentlicht eine längere Erklärung des Kaisers Wilhelm, in der er seine Schuldlosigkeit am Kriege nachzuweisen sucht.

Buenos Aires, 21. März. Boincare wird in diesem Sommer hier eintreffen, um eine Vortragstour, die der Propaganda für Frankreich dient, zu beginnen, um natürlich dem deutschen Einfluß in Südamerika entgegenzuwirken.

Wahlprüfung der neuen Zwangsmaßnahmen in der italienischen Kammer.

Rom, 22. März. Das Gesetz, womit der italienische Außenminister Graf Sforza die Interpellation über die auswärtige Politik beantwortete, enttäuschte, da nur die bekannnten offiziellen Wiederholungen vorgetragen wurden. Die wirtschaftlichen Sanktionen erlitten allgemeinen Widerspruch. Das Scheitern der Londoner Konferenz führte Graf Sforza darauf zurück, daß das deutsche Angebot böswillig und unannehmbar gewesen sei. Nachdem bürgerliche Redner ihre Ungesundheit über den italienischen Anteil ausgedrückt hatten, unternahm die Sozialisten Cicotti und Treves einen prinzipiellen Angriff gegen die Sanktionen. Cicotti warf der Regierung vor, sie habe sich um ein Vinsengericht den Franzosen verschrieben und Treves erklärte, die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse müsse das gemeinsame Werk der Sieger und Besiegten sein. Mit der Drohung, die Sozialisten würden die auswärtige Politik zur Plattform des Wahlkampfes machen bei der bevorstehenden Kammerauflösung, schloß Treves seine Rede.

Eine französische Note in der Entwaffnungfrage.

Berlin, 21. März. Der Vorsitzende der interalliierten Militär-Kontrollkommission, General Koller, hat eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, in der er darauf hinweist, daß die deutsche Regierung durch die Pariser Beschlüsse vom 29. Januar aufgefordert worden sei, bis zum 15. März das neue Wehrgesetz zu veröffentlichen und ein Gesetz über die Auflösung aller Schützorganisationen zu erlassen. General Koller nimmt Vermehrung davon, daß beides bis zum 17. März noch nicht geschehen sei und besteht erneut auf schleuniger Durchführung der Pariser Forderungen.

Wie gemeldet, ist das neue Wehrgesetz, sowie ein Gesetz zur Ausführung der Artikel 177 und 178 des Vertrages von Versailles in den letzten Tagen verabschiedet worden.

Seine Poincaré.

Paris, 21. März. Poincaré erklärte heute im „Matin“, es sei ein Widerspruch im Friedensvertrag, daß die Zahlungen, die Deutschland leisten müsse, auf 30 Jahre berechnet seien, während die Dauer der Hypothek, also die Befristung, nur 15 Jahre betrage. Genöv erklärte Artikel 430, daß falls Deutschland sich weigere, seine Verpflichtungen zu erfüllen, gewisse Zonen, wie Artikel 429 bestimmt, sofort oder später besetzt werden könnten. Aber ein Band wieder zu erreichen, das man aufgegeben habe, sei niemals ein leichtes Werk. Man sei davon benachrichtigt, daß Deutschland 12 Milliarden Goldmark, die es von 20 Milliarden noch zu bezahlen habe, nicht bezahlen werde. Die systematische Verletzung der Vertragspflicht werde morgen zu den vielen anderen kommen, die die Alliierten in London festgehalten hätten. Dies werde notwendigerweise zu weiteren Sanktionen führen, Sanktionen, die die Alliierten nicht im Geiste des Vorgesetzten und der Bedrückung ergreifen.

Die „Kriegsverbrecherfrage“ im Unterhaus.

Im Unterhaus fragte Sir Frederick Ball, ob die englische Regierung mit Bezug auf die Aburteilung der deutschen „Kriegsverbrecher“ zu einem Uebereinkommen mit Deutschland gelangt sei und, wenn ja, ob die Absicht bestehe, den Abschluß dieser Aburteilung mit der Bezahlung der letzten Kriegsschuldengrate durch Deutschland zusammenfallen zu lassen. Der Generalsstaatsanwalt erklärte, dies sei eine der Fragen, wegen deren gegenwärtig Sanktionen angewandt würden (weiter). — Sir Frederick Ball fragte hierauf, ob die Namen angeklagter Hauptverbrecher angegeben werden könnten, gegen die bereits gerichtlich vorgegangen wurde. — Der Generalsstaatsanwalt erwiderte, die Namen seien sehr schwer zu behalten und noch schwieriger auszusprechen. Er sei nicht in der Lage zu sagen, wann die Gerichtsverfahren stattfinden würden. Es verurteile große Schwierigkeiten, die britischen Zeugen zu sammeln und sie zu überreden, nach Weizsäcker zu gehen. (Weiter.)

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenburg, 22. März. Unter Bezugnahme auf den Artikel über den früheren Kameralamtsdiener Wittmann „Un-

Einzelnenpreis

1/2 einpaltige Zeitungsblätter oder deren Raum 60 Pf bei Kaufzeitung, durch die Verfallsfrist 45 Pf extra. Kellern-Preis 1.00 bei größeren Auflagen entsprechend Rabatt, bei 1 Kelle des Nachverfäher bewilligt wird.

Schluss der Anzeigeannahme tagtäglich. Fernsprecher Nr. 4. Für teile. Anträge wird freierlei Gewähr übernommen.

Liederkrantz Neuenburg
Deute Dienstag abends
Singkunde.

Pfannkuch & Co.

Von morgen ab

Frische

See-Fild

Cabliau ohne Kopf

2.50

im
Ausschnitt 2.70

Frischgewässerte

Stockfild

3.50

Frische

Land-Eier

1.60

Pfannkuch

Neuenburg, Tel. 7

Feldrennach.

Mutter-Schwein

Ein schönes, tücht.

Gräsenhauser

Ein schönes

Län

zur Zucht geeignet.

verkaufen.

Berta Keller,

1 gute

Ziege,

3jährig,

hornlos, unter 2

die Wahl,

21 Wochen trüchtig, ist

zu verkaufen in

Birkenfeld, Götthe

Kaistal bei Herr

1 Birnbaumsta

13 Kastanienbaum

sowie 1 junge

Unkühn

fehlt dem Verkauf aus

Friedrich

liefert rasch und billig

Ch. Meesche Buchdr

schuldig zum Tode verurteilt, welcher in der gesamten württ. Presse die Kunde machte, geht aus von zuständiger Seite folgende auf Tatsachen beruhende Mitteilung zu: „Es ist nicht wahr, daß zur Zeit ein Wiederaufnahmeverfahren in dem Mordprozess Wittmann schwebt. Wahr ist vielmehr, daß Wittmann schon wiederholt Wiederaufnahmefälle aus dem Justizhaus gemeldet hat, die sämtlich abschlägig beschieden worden sind und wahr ist ferner, daß er wegen Verleitung zum Meineid bestraft wurde, weil er noch aus dem Justizhaus heraus den Versuch unternommen hat, einen Zeugen zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Nur das eine ist in dem wiederbegebenen Bericht richtig, daß das gegen Wittmann vorliegende Beweismaterial nicht bloß ein „fast erdrückendes“, sondern wirklich ein „erdrückendes“ war.“

Neuenbürg, 23. März, Donnerstag, den 24. März. werden folgende Büge eingeschaltet:

Pforzheim	ab 1.29	1.48
Walden	—	1.54
Wilsdorf	—	1.38
Engelsbrand	—	1.47
Neuenbürg	an 1.52	2.13
„	ab	2.14
„	Stadt	2.18
Neuenbürg	—	2.25
Hofen	—	2.32
Calmbach	—	2.39
Wilsdorf	an	2.47

Diese Büge fahren nur 4. Klasse. Doggen fällt am Donnerstag, den 24. und Samstag, den 26. März. Zug Pforzheim ab 4.50 nachmittags, Neuenbürg an 5.15 aus.

Württemberg.

Ludwigsburg, 21. März. (Regimentssammelfest.) Das 4. Württ. Feld-Art.-Regiment 65 veranstaltet am Sonntag, den 17. April in Ludwigsburg eine Regimentssammelfest. Um 11 Uhr vorm. ist Sammlung im Schloßhof, hernach Mittagessen in verschiedenen Wirtschaften und nachmittags kameradschaftliches Zusammensein.

Wittmann, 21. März. (Brand.) Das zweistöckige Wohnhaus des Landwirts Johannes Holzappel, das nach von einer weiteren Familie bewohnt wird, ist samt Scheune am Palmsonntag früh niedergebrannt. Vieh und ein großer Teil der Habe sind gerettet. Die Entstehungssache ist unklar.

Hattenberg, 21. März. (Gründungen.) Im Rathhaus wurde hier am Samstag ein Siedlungsverein gegründet. Die Firma Houquet u. Franz zeichnete allein 50 000 Mark. Auch sonst erfolgte zahlreiche größere und kleinere Zeichnungen. — In Rurecht wurde mit Hilfe der Stadt- und Gesamtgemeinde, des Schmied, Siedlungsvereins, der Gewerkschaft, mehrerer Bauhandwerker und Einwohner ein Siedlungsverein G. m. b. H. gegründet. Die Firma Heinrich Brand Sohn hat 25 000, Geh. Kommerzienrat Brand-Ludwig 50 000 Mark gezeichnet. Das Stammkapital beträgt 200 000 Mark.

Lüdingen, 21. März. (Selbstmord.) In den Redaktionsanagen wurde der 19 Jahre alte Hilfsarbeiter Theodor Baumann mit einem Schuß in der rechten Schläfe tot aufgefunden. Er war seit längerer Zeit arbeitslos.

Ellwangen, 21. März. (Der ungetauete Bantflechtling.) Der 18 Jahre alte Bantflechtling Josef Kehl von Keresheim hatte im November v. J. auf der Oberamtspartasse mit einer gefälschten Empfangsbescheinigung 50 000 Mark abgehoben und fuhr dann in Urlaub nach Augsburg und München. In Augsburg fiel er einem Betrüger in die Hände, der ihm 30 000 Mark abnahm und ihn auch sonst überforderte. Bei seiner Rückkehr am 28. Dezember nach Keresheim hatte er noch 5 Mark im Besitz. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen erschwerter Privatbankrottstiftung und Betrug zu 10 Monaten Gefängnis.

Baden.

St. Blasien, 21. März. In dem Großfeuer, das das Hotel zur Krone zerstörte, wird nach gemeldet, daß das Feuer zur Mittagsstunde im Dachstuhl des oberen Gebäudes ausbrach und so schnell um sich griff, daß das große Hotel ein Raub der Flammen wurde. Nur das an der Landstraße stehende Gastwirtschaftsgebäude blieb erhalten. Das Inventar konnte zum größten Teil gerettet werden. Der Brand ist anscheinend durch ein schadhaftes Kamin entstanden. Das Hotel gehörte der Kirchbau-G.

Mannheim, 19. März. Aus der Chemischen Fabrik G. F. Böhringer u. Söhne, Waldbach, wurden vor einiger Zeit 14 Brandstelen im Werte von 150 000 Mark gestohlen. Zwei Arbeiter der Fabrik hatten ein Loch aus dem Gitter gebrochen und waren durch ein Fenster ins Laboratorium gestiegen. Die Strafkammer verurteilte die Arbeiter Samstag und Adam Baler und Sandhofen zu je 1 Jahr 3 Monat, Frau Samstag und Frau Baler, welche letztere die wertvollsten 2 Pfund in den Abort warf, als die Polizei kam, zu je 2 Monaten Gefängnis, Georg Bamer zu 3 Monaten, Bautechniker Karl Wagner zu 1 Monat Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, Schlosser Wilhelm Reinmuth zu 2 Wochen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe.

Bermischtes.

Heddingen, 21. März. (Die „Schneifelkommission“.) In letzter Woche erschien lt. Heddingen Blätter eine Entschuldigungsaktion aus dem hiesigen Oberamt und frag nach den Fakten. Die Kommission wurde ins Sammlager im Schlachthaus geschickt, wo sie etwa 750 Gewehre und etwa 25 000 Patronen nachählte. Waffen und Munition werden n. B. abgeleitet.

Berlin, 21. März. Die in einer Filiale der Diskontogesellschaft begangenen Millionen-Defraudationen bildeten den Gegenstand einer Verhandlung vor der Ersten Strafkammer des Landgerichts II. Die Anklage richtete sich gegen den Techniker Köhmer, den Bankbuchhalter Hermann Petzels, die unverheiratete Agnes Köhmer und den Handlungsgehilfen Karl Krause. Die beiden ersten Angeklagten waren der Urkundenfälschung und des Betrugs, die beiden letzten der Beihilfe beschuldigt. Das Gericht verurteilte Petzels und Köhmer zu je drei Jahren sechs Monaten Gefängnis, die Köhmer zu neun Monaten Gefängnis und sprach den Angeklagten Krause frei.

Berlin, 22. März. Auf dem Flugplatz Johannisthal verunglückte gestern der Entsefflungsünstler Rolando, als er auf der Tragfläche eines Flugzeuges vor Vertretern der Presse akrobatische Kunststücke vollführen wollte. Das Flugzeug rutschte in einer Kurve ab und stürzte außerhalb des Flug-

platzes nieder. Während der Flugzeugführer, Hauptmann v. Bentheim, unverletzt blieb, geriet Rolando unter die eine Tragfläche und wurde so schwer gequetscht, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Chicago, 20. März. Das größte Getreidelager der Welt, das der Armon Getreidegesellschaft gehört, ist infolge einer Explosion abgebrannt. Eine Person wurde getötet, 4 Personen werden vermisst. Eine halbe Million Scheffel Weizen ist verbrannt. Der Schaden beläuft sich auf 600 000 Dollar.

Handel und Verkehr.

Devisen-Kurse. (Durch die Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrnhals, mitgeteilt.) Vorbörsliche. Holland 2130—2155, Schweiz 1065—1072, Paris 433—434, London 243, Newyork 61½—62½, Italien 238. Tendenz: etwas fester.

Neueste Nachrichten.

Moskau, 22. März. Heute abend wurde in der Eberbacher Ensführungssache das Urteil gefällt. Es lautet gegen den 27 Jahre alten amerikanischen Kriminalbeamten Neaf wegen Amtsanmaßung, versuchter Mordung und fahrlässiger Körperverletzung auf 15 Monate Gefängnis, gegen den amerikanischen Polizeibeamten Zimmer auf sechs Monate Gefängnis, gegen ihre deutschen Helfershelfer wegen Beihilfe zur Amtsanmaßung auf 5 bis 11 Monate Gefängnis.

Essen, 23. März. In Bergbaukreisen schließt man aus einer eingehenden Besichtigung der Schiene 7, an der der Rhein-Herne-Kanal und der Dortmund-Ems-Kanal zusammenstoßen, durch Offiziere der alliierten Truppen, daß eine Ausdehnung der Brücke bis zu diesem Punkt beabsichtigt ist, über welchen der gesamte Kohlenversand aus dem Ruhrrevier nach dem Osten und dem Norden geht.

Berlin, 22. März. Gestern ist der Bahnhof Osterfeld bei Oberhausen, der für die Verbindung zwischen Oberhausen und Essen wichtig ist, durch französische Truppen besetzt worden. Die Verhaftung des Bürgermeisters und des Polizeikommissars in Duisburg erfolgte, weil sich im Besitz des Bürgermeisters ein chinesisches Dolch befunden haben soll. Die beiden Herren wurden nach zweieinhalbstündiger Haft wieder entlassen.

Berlin, 22. März. Gestern abend gegen 8 Uhr gelang es der mit dem Siegesdenkmal beschäftigten Kommission des Polizeipräsidiums, eine Reihe von Personen festzunehmen, unter denen sich wahrscheinlich die Hauptbeteiligten am Siegesdenkmal-Attentat befanden. Sie waren schwer bewaffnet bei einer Veratung, die offensichtlich neue verbrecherische Unternehmungen zum Gegenstand hatte. Der Zugriff der Polizei geschah so plötzlich, daß jeder Widerstand im Keime erstickt wurde. Mehrere der Festgenommenen sind auch anderer Verbrechen dringend verdächtig und schwer vorbestraft. Weiter wird gemeldet, daß die gestern abend festgenommenen elf Personen nach den bei ihnen gefundenen Mitgliedslisten und nach eigenen Angaben zum Teil der kommunistischen Arbeiterpartei angehören. Die vorgefundenen Pistolen und Revolver waren sämtlich geladen. Außerdem sind mehrere schwarze Masken gefunden worden.

Berlin, 22. März. Der gestern von der Kriminalpolizei verhaftete Leiter der Berliner Organisation der Kommunistischen Partei, Friesland, ist auf der Haft entlassen worden. Seine Verhaftung stand mit den Vorgängen in Mitteldeutschland in keinem ursächlichen Zusammenhang. Er war vielmehr verhaftet worden, weil er mit einem in München verurteilten Kommunisten für identisch gehalten worden war. Dies hat sich als ein Irrtum herausgestellt.

Berlin, 23. März. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, erfährt die „Schlesische Zeitung“, daß der Rektor der Bukarester Universität, Professor Bogdan-Ducic, einen Artikel veröffentlicht hat, wonach König Carol von Rumänien am 11. Oktober 1914 ermordet worden ist und zwar soll ihm Gift im Kaffee gereicht worden sein. Als Urheber der Tat werden Take Jonescu und Constantiu bezeichnet.

Berlin, 23. März. Wie die Rote Fahne aus Hamburg meldet, hat eine Versammlung der Arbeiter der Balkanwerft die sofortige Einstellung der Erwerbslosen verlangt und erklärt, diese Forderung zu erzwingen, falls sie nicht bewilligt werden sollte. Im Anschluß an diese beiden Meldungen fordert das kommunistische Blatt erneut die Arbeiter auf, zum Angriff auf der ganzen Linie überzugehen.

Hamburg, 22. März. Der Matrose Freyde, der im April 1920 mit Helfershelfern in Cuxhaven den Fischdampfer „Senator Schöder“ nach Sonjettuhland überführte, wurde gestern mit dem Dampfer Viga hierhergebracht.

Kopenhagen, 22. März. Das Präsidium des Moskauer Rats verfügte die Aufhebung aller Einschränkungen im Lebensmitteltransport nach dem Moskauer Distrikt.

Strasbourg, 22. März. Die „Nation Belge“ berichtet, sie könne bestätigen, daß mächtige Gruppen in Deutschland methodisch die Revanche vorbereiten. Der ehemalige Kronprinz habe unlängst einer großen Versammlung in Berlin, in welcher die Revanchefrage besprochen wurde, persönlich angewohnt. (Das böse Gewissen. Schriftl.)

Paris, 22. März. In dem Bericht Lucien Huberts an den französischen Senat über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten werden die provisorischen Abschätzungen der französischen Kriegsschäden mit 210 541 596 120 Francs angegeben.

Brüssel, 22. März. Die gemischte Bergwerkskommission beschloß eine neue Herabsetzung der Löhne um 5%, die Anfangs April in Kraft treten soll.

London, 22. März. Es bestätigt sich, daß das in England angenommene Reparationsgesetz sich nicht auf deutsche Waren erstreckt, die vor dem 18. April in England eingeführt werden, falls der Kaufvertrag nachweislich vor dem 3. März abgeschlossen worden ist. — Es verläutet, daß die Regierung der südafrikanischen Union sich den Maßnahmen der englischen Regierung zur Einklassierung der Reparationsabgabe nicht anschließen will.

Madrid, 22. März. „ABC“ bringt in seiner Sonntagsummer einen Artikel über die oberschlesische Abstimmung, in dem das Blatt das wirtschaftliche Weltinteresse hervorhebt, das fordere, daß Oberschlesien deutsch bleibe.

Wärde es polnisch werden, so ginge es der Weltwirtschaft verloren.

Zürich, 22. März. Die Eisengießerei Frejus hat mangels an Aufträgen den Betrieb eingestellt. In der Automobilfabrik Fiat wurden wieder 1500 Arbeiter aus gleichen Gründen entlassen.

Washington, 23. März. Präsident Harding hat Kongress zu einer Sondertagung zum 11. April einberufen.

Tokio, 22. März. Japan wird nach Ausführung im Rahmenprogramm bis 1927 eine Flotte besitzen, die Leistungsfähigkeit im Kampf der Flotte der Vereinigten Staaten gleichkommt und die englische Flotte übertrifft.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 22. März. Die heutige Landtagssitzung mit einer Ansprache des Präsidenten Walter eröffnet, in der das Abstimmungsresultat in Oberschlesien als ein Lichtblick in der Gegenwart bezeichnet und der Freude über den Dank des Hauses Ausdruck verlieh. Staatspräsident Heber würdigte in einer weiteren Ansprache den bedeutungsvollen Schlußtag für Oberschlesien und ganz Deutschland und wies auf die Zusammengehörigkeit im Deutschstum und die Treue zum deutschen Staat und zu deutscher Art hin, dann besonders den Oberschlesien aus Württemberg zu danken. Als Präsident Walter den Kommunisten das Wort zur Geschäftsordnung unterband, kam es auf der äußersten Linken zu verschiedenen Anträgen, die mit Ordnungsrufen ein Ende fanden. Bei der 2. Beratung des Beschlussesänderungsbeschlusses vertrat der Berichterstatter Schaeff (DVP.) ein eingehendes, sachliches Wort über die Verhandlungen des Ausschusses. Das Bestreben dahin, möglichst eine Verminderung des finanziellen Lastenapparats zu erzielen. Deshalb wurden die Streikwörter, die bisher Beamte waren, aus der Beschlusseänderung herausgenommen. Abgelehnt wurde die Aufnahme von Beamtenkategorien, so der Gehilfen, Theatermeister und Gehobenen. Die Aufwendungen betragen gegen bisher Millionen Mark im Jahr mehr. Finanzminister Bieschlag erklärte die Beschlusseänderung als ein seines Gebilde, dem kein Stein herausgenommen werden dürfe. Er dankte dem Ausschuss für seine hingebende Arbeit. Abg. Moser vertrat verschiedene Anträge im Sinne des kommunistischen Beamtenprogramms, und Abg. Hegler (NSD.) stellte neue Anträge auf Verbesserung einzelner Beamtenkategorien.

Der nun folgenden Abstimmung wurde über die Beamtenbeschlusseänderung, das Beschlusseänderungsbeschlusses, den Personalnachtrag und das Finanzgesetz, das die Feuerungsstellen entsprechend dem Vorgang beim Reich regelt, gemeinsam gestimmt. Die Kommunisten und Unabhängigen gestellten hierbei vier namentliche Abstimmungen über ihre Anträge. Sie wollten die Beschlusseänderungen 1—3 zusammenlegen, Streikwörter als Beamte belassen, die Endgehaltstabelle Beschlusseänderung 13 mit 22 000 Mark streichen, die Gehälter zu Beamten machen. Alle diese Anträge wurden von den Stimmen der Antragsteller und teilweise einiger Sozialdemokraten abgelehnt und die ganze Beschlusseänderung, sie in diesen drei Gesetzen niedergelegt ist, nach den Anträgen angenommen. In allen Reden wurde hervorgehoben, daß die Änderung der Zivilprozessordnung erleichtert. Es war unterdessen 9 Uhr geworden. Die Kommunisten gaben noch eine Erklärung unter der Leitung des Hauses zu den Ansprüchen der Präsidenten zu Beginn der Sitzung ab, daß sie sich an nationalistischen Kundgebungen nicht beteiligen. Wegen der Verweigerung des Wortes Geschäftsordnung durch den Präsidenten legten sie Verweigerung ein. Die Sozialdemokraten erklärten sich mit der Verweigerung der Geschäftsordnung ebenfalls nicht einverstanden, bedauerten aber die Form des kommunistischen Einspruchs. Sache soll in der Geschäftsordnungs-Kommission behoben werden. Dann wurde abgedroschen. Mittwoch 9 Uhr: Beschlusseänderungsbeschlusses, 3. Lesung des Staatshaushalts Nachtragsgesetz.

Zum Streit im Mansfelder Bergbaugebiet. Berlin, 23. März. Im sächsischen Provinziallandtag, der sich mit der Streikbewegung im Mansfelder Bergbaugebiet beschäftigte, erklärte Oberpräsident Göring, den unheilvollen Zuständen in der Provinz Sachsen werde ein Ende gemacht werden. Das sei der feste Entschluß der Staatsregierung, solle damit keine Partei getroffen werden, sondern nur Elemente, die sich außerhalb des Gesetzes gestellt hätten. Vom Gewerkschaftsrat unterzeichneten Anruf an die Arbeiter Mitteldeutschlands forderte die Arbeiter auf, im Streikparale Folge zu leisten. Die Berliner Kommunisten hielten gestern vier stark besetzte Versammlungen ab, denen die Lage in Mitteldeutschland besprochen wurde. wurde erklärt, im Augenblick sei eine Aktion noch verfrüht gegebenensfalls müsse man dem mitteldeutschen Arbeiter die Solidarität beweisen.

Italienische Kritik an der Ententepolitik. Rom, 22. März. Bei der Diskussion der auswärtigen Politik in der Kammer verwies der katholische Abgeordnete Basallo auf die gewaltigen Risiken Japans und Amerikas einer ersten Kriegsgeschehnisse. Der Zentrumabgeordnete Jacini erklärte, das italienische Parlament dürfe nicht zulassen, daß eine englisch-französische Vorherrschaft an die Stelle der deutschen Vorherrschaft trete. Die in der Wiederherstellung Frage getroffenen Maßnahmen überdenken den Frieden. Die einzig logische Lösung der überreichlichen Frage liegt in der Vereinigung mit Deutschland. Der Abgeordnete Anon von der Liberal-demokratischen Partei erklärte, die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen würden nicht nur Deutschland, sondern auch Italien schaden. Es sei bebaurend, daß die italienische Regierung blindlings und ohne Überzeugung den Alliierten folge. Der radikale Abgeordnete Ninni betonte, die Herabsetzung der Verfallter Verträge sei notwendig, weil man die Verträge von der Friedenskonferenz ausgeschlossen habe. Das italienische Parlament müsse nachdrücklich eine Revision verlangen. Deutschland sei bei dem Wiederaufbau zu helfen, wenn nicht unter die englische Vorherrschaft fallen wolle. Sie müsse den Standpunkt vertreten, daß Deutschland nicht gezwungen werden könne, über seine Leistungsfähigkeit hinauszugehen. Zum Schluß verwies der Redner auf die Gefahr eines neuen Dreibundes zwischen der Türkei, Rußland und Deutschland.

Nach der Abstimmung in Oberschlesien. Die amtlichen Abstimmungszahlen. Kattowitz, 22. März. Die endgültigen Zahlen der alliierten Kommission über das Ergebnis der Abstimmung

erschließen liegen jetzt vor. Sie betragen 716 106 deutsche und 471 106 polnische Stimmen. Die Mehrheit der Kreisversammlung, der Kreisversammlung, Kattowitz 716 106 deutsche Mehrheit — 75 584 Stimmen.

Dr. Simons an die Juristen. Berlin, 22. März. Bei der polnischen Reichsminister Konferenz in Warschau ist die polnische Mehrheit und Ihr dürft sagen: Wir danken. Dank sei Euch dafür, daß Ihr eingetreten, Verluste durch den Terror, der während der letzten Jahre in ganz Europa herrschte, hat. Aber der Sieg ist nicht zu reifen. Aber die polnische Heimattreue hat an diesen Tagen Willen. Oberschlesien soll deutsch sein. Oberschlesien soll und wird deutsch sein. Simons dankte allen denen, die

Siegesfeier. Berlin, 22. März. Wie die polnische Presse berichtet, finden in ganz Polen Siegesfeierlichkeiten statt. Die polnische Regierung hält an der polnischen Oberbeschlusseänderung fest. Die polnische Regierung soll nicht und nimmer in Oberschlesien die Wahrheit vorschreiben aufmergen in Danzig verbreitete Gerüchte! spricht von einer polnischen

Maul- und R. In dem Gebiete des Mansfelder Bergbaugebietes, ist die Maul- und Rinderpest beobachtet. Beobachtungsgebiet: Mansfelder Bergbaugebiet, Neuenbürg, den 22. März.

Bekanntmachung. betr. den Beginn der Einkünfte Steuerbescheid Veranlagung des Jahres 1920. Nach Beendigung der Einkünfte Steuerbescheid Veranlagung des Jahres 1920 wird gemäß § 1 des Einkünfte Steuerbescheid Veranlagung des Jahres 1920 am 22. Dezember 1921 die gesetzliche Frist von dem Beginn des Einspruchs für den Oberamtsstad

Auftritt. zum Eintritt in die Feuerwehrgesellschaft. Feuerwehrgesellschaft Einwohnerebene. Feuerwehrgesellschaft Einwohnerebene, fordert, sich bis spätestens 1. April 1922 zu melden. Wer sich nicht zu melden, wird die Mitgliedschaft in Höhe von bis zu 20 Mark verweigert. Die Mitgliedschaft dauert vom 18. April 1922 an.

Neuer Bieh-Verkauf. Habe am Grundstück. Habe am Grundstück, wieder einen großen Transport gutgenutzter Schweine, Rinder und Kühe. Rinder und Kühe, in meinen Stallungen zum Verkauf. Ernst



den, so ginge es der Weltwirtschaft... Die Eisenindustrie Freyas hat... den Betrieb eingestellt. In... werden wieder 1500 Arbeiter... März, Präsident Harding hat... vertagung zum 11. April ender... Japan wird nach Ausföhrung... 1927 eine Flotte besitzen, die... Kampfe der Flotte der Vereinig... die englische Flotte übertrifft.

Oberschlesien liegt jetzt vor. Sie unterscheiden sich nur ganz wenig von den gestern veröffentlichten. Danach wurden abgesehen 716 406 deutsche und 471 406 polnische Stimmen. Hinsichtlich der Mehrheiten der Kreise hat sich nichts mehr verändert. Preußen Stadt und Land hat immer noch eine deutsche Mehrheit, der Kreis Groß-Strehlitz eine geringe polnische Mehrheit, Kattowitz Stadt und Land hat ebenfalls eine deutsche Mehrheit — 75 584 deutsche und 69 943 polnische Stimmen.

Dr. Simons an die zurückkehrenden Oberschlesier.

Berlin, 22. März. Bei Begrüßung heimkehrender Oberschlesier führte Reichsminister Dr. Simons u. a. aus: Die Schlacht ist geschlagen. Oberschlesien hat sich für Deutschland erklärt und Ihr dürft sagen: Wir haben die Schlacht gewonnen. Dank sei Euch dafür gesagt. Freilich auch Verluste sind eingetreten, Verluste durch den unerhörten polnischen Terror, der während der letzten Wochen in Oberschlesien geherrscht hat. Aber der Sieg ist unser. Für die Feinde handelt es sich darum, einen Grund zu finden, um Oberschlesien vom Reiche zu reißen. Aber die Bevölkerung Oberschlesiens und ihre Heimatliebe hat an diesem Tage Zeugnis abgelegt für ihren Willen. Oberschlesien soll nicht abgerissen werden vom Reiche. Oberschlesien soll und muß beim Reiche bleiben. Dr. Simons dankte allen denen, die zu diesem Erfolg beigetragen.

Siegesfeiern in Polen.

Berlin, 22. März. Wie hier aus Polen kommende Berichte berichten, finden in ganz Polen Siegesfeiern statt, die den Sieg der polnischen Sache Oberschlesiens zur Ursache haben. Die polnische Regierung hält absichtlich das Abstimmungsereignis in Oberschlesien geheim und will den Eindruck erwecken, die Wahlen der Polen einen glänzenden Erfolg erlangt. So berichten auch die polnischen Zeitungen von Ergebnissen, wie sie nie und nimmer in Oberschlesien erreicht worden sind und die Wahrheit vorsätzlich auf den Kopf stellen. Ein heute morgen in Danzig verbreitetes Extrablatt der „Gazeta Gdanst“ spricht von einer polnischen Mehrheit in der Höhe von 70 Prozent insgesamt, in Kattowitz wöhren 90 Prozent und in Leuthe 80 Prozent polnische Stimmen abgegeben worden. Die Danziger deutschen Zeitungen mit den deutschen Abstimmungsresultaten sind heute an der polnischen Grenze beschlagnahmt worden mit der Begründung, daß sie lägenhafte Wahlergebnisse aus Oberschlesien verbreiteten.

Schlummerter polnischer Terror im Abstimmungsgebiet.

Berlin, 23. März. Ueber einstimmend melden die Blätter aus Kattowitz, daß in dem Gebiet östlich und südlich der Stadt der polnische Terror unbefähigt herrscht. Die internationalen Behörden versagen den Deutschen jeden wirksamen Schutz. Aber auch die Abstimmungsbehörde verlagert vollständig. Bewaffnete polnische Abteilungen in voller militärischer Ausrüstung postieren sich an der Grenze und haben eine Anzahl von Grenzwachen besetzt. Die Ortschaften Birkental, Schoppin, Janow und Rutschschütz sind völlig in ihrer Gewalt. Die deutsche Einwohnerschaft flüchtet nach Kattowitz, wo sich bei dem deutschen Plebiszitarkommissar bereits über tausend zum Teil von den Polen über zugerichteten Flüchtlinge gemeldet haben. In anderen Grenzorten, so in Gorgow und Waingow, sind Döller-Soldaten, die als Abstimmungsbedienstete herbeikamen, jetzt plötzlich in ihrer militärischen Uniform und mit Waffen versehen, erschienen. Ueberall in diesen Orten ist die polnische Republik ausgerufen worden. Auf den Kirch- und Rathausplätzen in Bogoschütz und Gieschewald ist die polnische Reichshahne gehißt worden. Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ flüchteten gestern nachmittags polnische Wachen des Polizeibureau der Stadt Kattowitz und vernichteten das gesamte Aktenmaterial.

Wie der Berichterstatter des „Vorwärts“ aus Gleiwitz meldet, herrscht unter der deutsch organisierten Arbeiterschaft eine kaum noch zu überbietende Erbitterung über die schändlichen Taten der Soldaten und der Wojowka-Polka. Zu Hunderten wurden die Arbeiter mit Gummistöppeln von den Arbeitsschlägen vertrieben. Für den Fall, daß die Internationalistische Kommission nicht schon in allerzürgester Zeit eingreift, werden

von den deutschen Gewerkschaften Gegenmaßnahmen erzwungen. Die Gewerkschaftsführer streben auf dem Standpunkt, daß der Oberste Rat sofort die nötigen Anweisungen an die Doppelner Kommission ergehen lassen muß. Den Gewerkschaften selbst ist es unumgänglich, sich noch einmal an die Internationalistische Kommission zu wenden, da diese bereits bei den letzten Vorkesslungen der Gewerkschaften sie an ihre jungen Leute verwiesen hat. Die Gebuld der deutschen Gewerkschaften ist erschöpft. Die Arbeiter bleiben auf sich selbst gestellt und es kann geschehen, daß unter der erzwungenen Abwehr ebenso Unschuldige leiden müssen, wie es durch den polnischen Terror geschieht.

Kattowitz, 23. März. Die Grenze nach Polen ist vollständig offen. Bei Schoppin geben die Polen unter Führung von Russknapen hinüber und herüber. Die Deutschen werden mit Knüppeln vertrieben. In Kattowitz sammeln sich viele hundert von den Vertriebenen, die von entsehliden polnischen Grenzeln berichten. Die Erregung ist sehr stark. Wenn nicht die Internationalistische Kommission die Grenze energisch absperret, ist bei zunehmendem Fanatismus der Polen mit sehr ernstlichen Dingen zu rechnen.

Die Haltung der Alliierten zur obereschlesischen Abstimmung.

Mailand, 22. März. Ueber die Haltung der Alliierten zu der Abstimmung in Oberschlesien berichtet der Londoner Korrespondent des „Secolo“, wenn das Resultat der Volksabstimmung in ihrer Gesamtheit angenommen würde, müßte Oberschlesien ohne Zweifel bei Deutschland verbleiben. Die Alliierten und besonders Frankreich hätten jedoch keine Lust, diese Frage so einfach zu lösen. Unter der Ausnützung entsprechender Verfügungen des Versailler Vertrags würden sie sich sehr anscheiden, aus Oberschlesien ein mofallartiges Gebilde nationaler Gruppen zu schaffen und diese mit einer willkürlichen deutsch-polnischen Grenze zu durchziehen. Wenn die radikale Partei und die Arbeiterpartei nicht sofort einen Druck auf Lloyd George ausüben, werde England die alliierten Kommissionen eine Politik machen lassen, in denen die Franzosen zuletzt die Oberhand gewinnen würden.

Reuenbürg.
Prima
Hammel-Fleisch
empfehl.
W. R. H. a. Dafen.
Reuenbürg.
Eine eiserne
Grabeinfassung
ist zu verkaufen.
Zu erfragen in der Engländergeschäftsstelle.
Höfen
Fahrnis-Verkauf.
Die Unterzeichnete verkauft am **Dienstag, 28. ds. Mts.**, von mittags 1 Uhr ab, in ihrer Wohnung folgende Gegenstände:
eine noch gut erhaltene **Doppelbank** samt **Handwerkzeug**, 8 **Anzüge**, 2 **schwarze** und einen **grauen**, noch wie neu, einen **fast noch neuen schwarzen Rod**, einen **Gylinder**, ein paar **Sonnentagstiefel**, Größe 43, 200 **Stück Bohnenbänke**, einen bereits noch **neuen Webers Patentbadofen**, einen **Rauchläuter**, circa 15 bis 20 **Jr. guteingebrauchte Den**, sowie ein **Quantum selbstgezeugten Tabak**, noch **Blätter**.
Frau Keppler, Witwe.
Höfen a. Eng.
Mädchen-Besuch.
Ein ordentliches **Mädchen** für die **Küche** und **Hausarbeit** findet dauernde Stelle bei gutem Verdienst, **sofort** oder **auf 1. April im**
Kathol. s. „Dafu“.
Höfen a. Eng.
Privat- oder Geschäftshaus,
wenn möglich mit **Gemüsegarten** oder **Grundstück**, wenn auch nicht **sofort** bezugsbar, **dabei zu kaufen** gesucht.
Offerten erbeten unter **S. B. 2 33/4** an die **Engländergeschäftsstelle**.
Oberhausen.
Ein **schönes, junges**
Mutter-Schwein
samt einem **Wurf** **Jungen** hat zu verkaufen.
Fr. Neuffer, Landwirt.

Reuenbürg.
Stammholz-Verkauf.
Am **Sonntag, den 26. März 1921, nachmittags 2 Uhr**, kommen auf dem **Rathaus** aus dem **Gemeindeveld** im öffentlichen Aufsteich zum Verkauf:
27 **Tannen**: Stammholz: 8,01 Fm. I. Kl., 14,52 Fm. II. Kl., 0,90 Fm. III. Kl., 3,70 Fm. V. Kl.; Sägholz: 0,46 Fm. II. Kl., 0,37 Fm. III. Kl.;
386 **Fordern**: Stammholz: 1,63 Fm. II. Kl., 27,59 Fm. III. Kl., 50,13 Fm. IV. Kl., 83,17 Fm. V. Kl.;
Sägholz: 5,06 Fm. II. Kl., 4,55 Fm. III. Kl.
Liebhhaber sind **eingeladen**.
Gemeinderat.

Biefelsberg.
Bergebung von Maurerarbeiten.
Der Unterzeichnete hat die **Maurerarbeiten** zum **Neubau** eines **Wohn- und Scheunengebäudes** zu vergeben. **Pläne** und **Arbeitsbeschrieb** liegen im **Gasthaus „Rone“** zur **Einsichtnahme** auf und **wollen** dieses **Offerten** bis **Montag, 28. März, mittags 2 Uhr**, **ebendort** abgegeben werden. **Gleichzeitig** werden **Lieferungspreise** für **Baumaterialien** entgegengenommen.
Der **Bauherr**: **Friedrich Lewender.**

Speicher-Bodenplatten,
hartgebrannt, auch zu **Bodenbelägen** für **Gänge** und **Keller** sehr geeignet, **fortwährend** zu **haben** bei
Hugo Rau, Calw,
Fernsprecher Nr. 8.

Felle!!!
für **Leber** wie **Pelzfabrikation** **kauft** zu den **allerhöchsten Tagespreisen** an
Erich Mairshofer, Pforzheim,
Moderne **Tierausstopferrei**,
Indenstr. 52. Telefon 1501.

Gräfenhausen.
Ein **Läufer-Schwein**, zur **Zucht** geeignet, hat zu **verkaufen**.
Gottlob Wolfinger.
H. M.
Heute **abend „Kirn“.**

Feldrennach.
Samstag, 26. ds. Mts., **nachm. 2 Uhr**, **lasse** ich eine **33 Wochen** **trächtige**
Kalb
öffentlich **versteigern**.
Schöthaler s. „Wlder“.
Konto-Büchlein empfiehlt die **C. Meelische Buchdruckeri.**

